

Manager und Netzwerker

Burkhard Balz fällt auf – der 45jährige CDU-Europaabgeordnete ist von kräftiger Statur, wortgewandt in seinen Formulierungen und sattelfest in seinen Themen. Und die Sachpolitik, der sich der Jurist und Bankkaufmann verschrieben hat, verlangt ganz zwangsläufig nach absoluter Präzision: Wirtschafts- und Währungspolitik in Europa, also all das, was unter den Schlagworten Schuldenkrise, Bankenaufsicht und –abwicklung sowie Kapitalmarktunion unser Leben seit vielen Jahren mitbestimmt.

Seit 2009 sitzt der Niedersachsen im Europäischen Parlament und in der aktuellen Legislaturperiode auf einem der wichtigsten Plätze der 751 EU-Abgeordneten. Balz ist Koordinator der Europäischen Volkspartei (EVP) im Wirtschafts- und Währungsausschuss und bündelt damit die Interessen der größten Fraktion im Parlament in diesen Themen. „Ich mag diese Managementfunktion“, sagt der Finanzexperte.

Burkhard Balz ist in Europa und Deutschland gut vernetzt. Im Landesvorstand der CDU Niedersachsen arbeitet er eng mit David McAllister zusammen, in Berlin trifft und spricht er regelmäßig Finanzminister Wolfgang Schäuble und durch seine berufliche Zeit bei der Commerzbank trifft er zwischen Helsinki und Lissbon immer wieder auf alte Bekannte.

Verwurzelt ist Balz im Schaumburger Land, ca. 40 Kilometer westlich von Hannover. Dort lebt er mit Frau und seinem Sohn. Mit diesem besucht er gerne Spiele des Fußball-Bundesligisten Hannover 96. Ansonsten geht er gerne Tennis spielen oder liest Biografien von Politikern. „Ein guter Ausgleich.“

DUV: Herr Balz, welche politische Themensetzung erwarten Sie vom neuen EU-Finanzmarktkommissar, dem britischen Tory-Politiker Lord Jonathan Hill?

Balz: Zuerst muss ich sagen, dass ich von Lord Hill bislang einen sehr guten Eindruck gewonnen habe. Er ist ein starker Kommunikator.

Ich bin überzeugt, dass er als Brüsseler EU-Kommissar nicht nur die Partikularinteressen von Großbritannien vertreten wird, sondern pro-europäisch denkt. Konkret erwarte ich von Lord Hill eine Überprüfung der EU-Gesetzgebung aus der vergangenen Legislaturperiode. Wir haben fast 70 Gesetzesvorhaben in den vergangenen fünf Jahren bearbeitet oder neu auf den Weg gebracht. Nun muss man mal innehalten, schauen was sich bewährt hat oder wieder abgeschafft gehört. Man muss nicht alles zurückfahren, aber sauber verifizieren. Zu dieser Auswirkungsstudie der EU-Kommission wird es auch einen Initiativbericht des Europäischen Parlaments geben. Das Europäische Parlament ist Vorreiter bei dem Ruf nach einer Auswirkungsstudie. Wir drängen die Kommission zu einer grundlegenden Prüfung darüber, wie konsistent und kohärent sich das Regulierungspuzzle zusammenfügt.

DUV: Den für die Finanzmarktgesetzgebung entscheidenden Wirtschafts- und Währungsausschuss führt in der neuen Legislaturperiode ein italienischer Sozialdemokrat. Bedeutet das auch einen politischen Schwenk?

Balz: Der Ausschuss ist zwar von der Spitze her nach links gerückt, aber am Ende entscheiden Mehrheiten. Wir EVP-Abgeordneten, darunter ja auch die deutschen CDU/CSU-Parlamentarier, können diese mit den Sozialdemokraten erzielen, aber auch mit Konservativen und Liberalen. Wir sind gesprächsbereit bei allen Themen. **DUV: Mit einer Übergangsfrist treten in Kürze die verschärften Kapitalregeln „Solvency II“ in Kraft. Welche Auswirkungen kommen auf die deutschen Lebensversicherer zu?**

Balz: Die neuen Kapitalanforderungen stellen ohne Frage eine Herausforderung für die europäischen und deutschen Lebensversicherer dar. Dabei ist der regulatorische Anforderungskatalog auch unter den Bedingungen der anhaltenden Niedrigzinsphase zu sehen,



Burkhard Balz, CDU-Abgeordneter mit Sachverstand in Wirtschaftsfragen

die das langfristige Geschäfts- und Anlagemodell der Versicherer besonders auf den Prüfstand stellt. Wir müssen uns sicherlich politisch fragen, wie die private Altersvorsorge gestärkt werden und attraktiv bleiben kann.

Mit den Übergangsfristen und den besonderen Maßnahmen für Langfristverträge haben wir in Solvency II gute Ausgangsvoraussetzungen geschaffen. **DUV: Bei den drei großen Themen MiFID II, PRIPS und in Kürze IDD treten die europäischen Aufsichtsbehörden EIOPA und ESMA auf den Plan, um die Delegierten Rechtsakte zu formulieren.**

Befürchten Sie eine Verschärfung der politischen Vorgaben und wenn ja, wie können Sie diese verhindern?

Balz: Bei den delegierten Rechtsakten muss sich die Kommission an die Vorgaben aus der Richtlinie halten. Tut sie das nicht, wird sie mit dem Parlament als Mitgesetzgeber Ärger bekommen. Die überarbeitete MiFID lässt weiterhin Provisionen unter verstärkter Transparenz - wie die Honorarberatung auch - zu. Die delegierten Rechtsakte können nicht am Parlament vorbei beschlossen werden. Zudem sind wir in regelmäßigem Austausch mit EIOPA und ESMA, und erinnern sie gerne an die gesetzgeberischen Vorgaben.